

**ILISU-STAUDAMM** Nach der gescheiterten Finanzierung jubeln die Umweltschützer, die Wirtschaft bedauert.

# Rückzieher wider Willen beim Ilisu-Projekt

Der Bundesrat segnete den Rückzug der Garantien für die Staudambauer ab, weil die Türkei Auflagen nicht nachkam. Bundespräsident Merz missfällt, wie diese Premiere zustande kam.

Von **Thomas Knellwolf**

Spät am Montag taten die Bundesräte etwas, was Bundesräte zuvor noch nie getan hatten. An einer Telefonkonferenz zog die Landesregierung erstmals eine bereits abgegebene Exportrisikogarantie zurück. Seit genau 75 Jahren besteht dieses Instrument, mit dem der Bund Schweizer Unternehmen allfällige Ausfälle bei Geschäften in nicht so sicheren Weltgegenden zurückerstattet.

Bis vorgestern musste die Schweiz nie eine solche Garantie zurückrufen. Beim Ilisu-Staudamm tut sie es nun zum ersten Mal – und wider Willen. Lieber hätte der Bundesrat die vier Schweizer Firmen weiterhin unterstützt, die am 15 Milliarden Franken teuren Prestigeprojekt beteiligt sind, mit dem im anatolischen Südosten ein Gebiet von der Grösse des Kantons Schaffhausen unter Wasser gesetzt werden soll. Doch die türkische Regierung verhinderte mit ihrer Passivität in der Sache, dass die Schweizerische Exportrisikoversicherung mit gutem Gewissen 23 Millionen Franken garantieren konnte. Ankara erfüllte trotz mehreren Warnungen einige der wichtigsten von 153 Auflagen nicht, welche die Schweiz, Deutschland und Österreich gemeinsam zur Bedingung ihrer Kreditgarantien gemacht hatten. So wollte die türkische Regierung die rund 60 000 Menschen, die von Umsiedlungen betroffen wären, weit weniger entschädigen als verlangt. Auch leisteten die Behörden viel zu wenig, um Teile der archaischen Stadt Hasankeyf, die untergehen soll, für einen Museumsпарк zu retten.

**Leuthard bedauert, Merz kritisiert**

Der Rückzieher der drei Staaten löst bei Schweizer Nichtregierungsorganisationen, die den Bau verhindern wollen, grosse Genugtuung aus. Mit dem «wichtigen Sieg» bekomme der Schutz von Menschen, Kulturgütern und Natur erstmals Vorrang vor kurzfristigen Wirtschaftsinteressen, schreiben sie. «Wir sind erfreut», sagt Christine Eberlein von der Erklärung von Bern, «dass die Schweiz die Einhaltung von Menschenrechten, den Umwelt- und den Kulturgüterchutz höher gewichtet als Wirtschaftsinteressen.» Die Schweizer Volkswirtschaftsministerin Doris Leuthard bedauert, dass die Schweiz aus dem Ilisu-Projekt aussteigen muss. Das Land habe aber keine andere Wahl ge-



Das archaische einzigartigste Hasankeyf, für dessen Rettung sich die türkische Regierung zu wenig engagiert hat.

habt, sagte die Bundesrätin gestern am Rande einer Medienorientierung auf ihrer USA-Reise in Washington. Die Türkei verstosse gegen Umweltauflagen, den Schutz von Kulturgütern und habe das Problem der Umsiedlung von Bewohnern des Gebietes, das überflutet werden soll, nicht richtig geplant.

In Bern kritisierte der Schweizer Bundespräsident Hans-Rudolf Merz den Zeitpunkt des Bundesratsentscheids über den Ausstieg. Gegenüber Radio DRS führte er aus: «Deutschland und Österreich haben gestern den ersten Stein geworfen. Es blieb uns nichts anderes übrig, als hier nachzuziehen.» Am Montag war eine Frist der drei Länder an die Türkei abgelaufen. Zuerst fällten der österreichische Finanzminister und Vertreter deutscher Ämter ihren Ausstiegsgescheid, danach fand die bundesrätliche Telefonkonferenz statt.

Weil wichtige der gemeinsamen 153 Auflagen zum Schutz von Umwelt, Kulturgütern und für menschenwürdige Umsiedlungen nicht erfüllt waren, war der Ausstieg zuletzt zwischen den drei Staaten

nicht mehr umstritten. Ein Expertenteam war mehrfach auf der Suche nach Fortschritten in die Region geschickt worden. Seine ersten beiden Berichte waren verheerend für die Türkei, vor allem was das rabiate Vorgehen bei der Umsiedlung der Zehntausenden kurdischer Bauern anging. Der letzte fiel dann ein wenig besser aus –



St-Grafik kmh

aber es reichte nicht. Zu klar ersichtlich war, dass die Türkei viele der Zusicherungen nicht wahrnehmen würde, die Premierminister Recep Tayyip Erdogan schriftlich gegeben hatte.

**Anderes Projekt nun ohne Schweizer**

Deutschland, Österreich und die Schweiz fürchten, dass sich nun die wechselseitigen Beziehungen zur Türkei verschlechtern werden. Der Ausstieg werde das Verhältnis zwischen Bern und Ankara sicher nicht verbessern, sagte Bundesrätin Doris Leuthard. Sie hoffe aber, dass der Einzelfall nicht zu grösseren Irritationen führen werde. Die Schweiz hat allerdings bereits im vergangenen Herbst eine Quittung für ihr Pochen auf Schutz von Mensch und Umwelt bekommen: Beim Bau des Yusufeli-Staudamms berücksichtigte die türkische Regierung von einem Moment auf den anderen keine Schweizer Unternehmen mehr – vermutlich weil die Eidgenossenschaft analog zum Ilisu-Projekt Auflagen machen wollte.

## Grossauftrag für Alstom wackelt

Der Ausstieg der Schweiz aus dem Ilisu-Projekt hat Folgen. Alstom in Baden bangt um einen Auftrag über 110 Millionen Euro.

Von **Andreas Flitsch**

Die Verunsicherung bei den Lieferfirmen ist gross, nachdem die Schweiz, Österreich und Deutschland beschlossen haben, das Staudammprojekt Ilisu in der Türkei nicht mehr via Exportrisikogarantien abzusichern. «Wie es weitergeht, steht in den Sternen», bringt ein Sprecher des am Projekt beteiligten Tessiner Ingenieurbüros Maggia die Stimmung auf den Punkt.

Am härtesten betroffen in der Schweiz sind die von Baden aus geführte Kraftwerksparte von Alstom, Maggia und zwei weiteren Ingenieurbüros. Alstom hätte, zusammen mit der österreichischen Andritz-Gruppe, die Ausrüstung mit Turbinen und Generatoren zur Stromerzeugung liefern sollen. Es geht um viel Geld. Für Alstom steht mit Ilisu ein Auftragsvolumen von 110 bis 120 Millionen Euro auf dem Spiel, für Andritz 235 Millionen Euro.

Nach dem Ausstieg der Schweiz, von Österreich und Deutschland hängt der Grossauftrag aus der Türkei finanziell völlig in der Luft. «Wir haben die Entscheidung der drei Länder zur Kenntnis genommen und prüfen die möglichen Konsequenzen für Alstom», gibt sich Alstom-Sprecherin Mary Varkados bedeckt. Deutlich wird dafür die am Ilisu-Projekt beteiligte Beratungsfirma AF-Colenco in Baden: Durch die Aufhebung der Exportrisikogarantien «werden die entsprechenden Lieferverträge der beteiligten Konsortien terminiert.»

**Nur noch ein Hoffnungsschimmer**

Einen Hoffnungsschimmer gibt es noch für Alstom und andere Lieferfirmen. «Der türkische Umweltminister hat jüngst gesagt, Ilisu sei für die Türkei von strategischer Bedeutung und werde auf jeden Fall realisiert», sagt Alexander Schwab von Andritz, die Konsortialführerin des Projekts ist: «Wegen des Wegfalls der Exportrisikogarantien fehlen nun aber von der Gesamtfinanzierung von 1,2 Milliarden Dollar rund 450 Millionen Euro. Wie die Türkei diesen Betrag aufbringt, ist offen.»

Selbst wenn die Türkei die Finanzlücke schliessen kann, ist jedoch offen, ob Alstom und die Schweizer Ingenieurbüros noch dabei sind. Sollte China oder Indien in die Lücke springen, wie gemunkelt wird, werden sie auch die Lieferanten mitbestimmen wollen. Schwab sagt, er befürchte nun Revancheaktionen Ankaras für europäische Firmen: «Politische Reaktionen der Türken wären logisch.»

## Das Projekt Ilisu ist nicht tot, aber fast

Europa macht beim Bau des Staudamms nicht mehr mit. Die türkische Regierung will dennoch daran festhalten.

Von **Kai Strittmatter, Istanbul**

Ist Hasankeyf, die alte Felsenstadt über dem Tigris, nun gerettet? Das weiss noch keiner. Und doch feiern die Bewohner, «Das ist ein Sieg für die Kultur, für die Geschichte und für die Umwelt», sagt Bürgermeister Abdulvahap Kusen dem «Tages-Anzeiger». «Das gibt uns wieder Mut.» Gestern haben sie frühmorgens schon vor dem Fernsehapparat gesessen, bis die Mitteilung kam: Die Europäer steigen aus. Deutschland, Österreich und die Schweiz machen nun doch nicht mit beim Bau des umstrittenen Ilisu-Staudammes im Südosten der Türkei. «Damit ist das Projekt noch nicht tot», sagt Güven Erken vom türkischen Naturschutzbund Doga Derneği, «aber es wirft die Dammplanner ein riesiges Stück zurück. Und für die türkische Umweltbewegung ist es ein Durchbruch.» Die türkische Regierung erklärte in einer ersten Stellungnahme, sie sei entschlossen, den Damm dennoch zu bauen, und warf den Europäern vor, der Ausstieg sei ein «politischer Beschluss».

**Neues türkisches Umweltbewusstsein?**

Es ist die Geschichte eines denkwürdigen Kampfes. Die Dammgegner in der

Türkei feiern die Debatte um den Ilisu-Damm und den Erhalt des antiken Hasankeyf schon als Geburtsstunde eines neuen türkischen Umwelt- und Bürgerbewusstseins. Befürworter wie Kritiker sind sich einig: Die Entscheidung ist eine Premiere. Alexander Schwab von der österreichischen Baufirma VA Tech, Sprecher des Konsortiums, das den Damm bauen wollte, rang hörbar um Fassung: «Nein», sagt er, «ich bin nun 30 Jahre im Geschäft – aber so etwas habe ich noch nie erlebt.» «Stimmt», meint Ulrich Eichelmann, von der dammkritischen Wiener Organisation ECA-Watch, «das hat es noch nie gegeben. Das ist weltweit das erste Mal, dass Kreditgarantiezusagen aus sozialen, kulturellen und ökologischen Gründen zurückgezogen wurden.»

Der türkische Umweltminister Veysel Eroglu – einst Chef des staatlichen Wasserbauamtes DSI und grösster Staudammlobbyist im Land – betonte die «Entschlossenheit» seines Landes, den Damm auch ohne die Europäer zu bauen. Das aber wird schwierig. Allein können die Türken das nicht. Es fehlt das Knowhow. Und es fehlt das Geld. Die Türkei musste eben erst die Nachricht verdauen, dass ihre Wirtschaft im ersten Quartal um sagenhafte 13,8 Prozent geschrumpft ist. Wo soll da auf die Schnelle eine halbe Milliarde Euro herkommen? Von den auf Konsortiumsseite oft be-

schworenen «Chinesen», die angeblich nur darauf warten, den europäischen Part zu übernehmen? «So einfach ist das nicht», sagt Naturbund-Chef Güven Erken, «wenn das Konsortium platzt, dann muss die Regierung das Projekt neu ausschreiben. Und wir haben strengere Gesetze als früher. Das dauert.» Und wenn Ankara die Gesetze umgeht? «Dann bringen wir die Regierung vor Gericht. Derweil wird unser Widerstand wachsen. Und irgendwann werden auch die Politiker in Ankara auf uns hören müssen.»

Tatsächlich hat der Protest gegen den Damm in der Türkei ein überraschendes Momentum gewonnen. Postars wie Tarkan, Schriftsteller wie Orhan Pamuk und Yasar Kemal protestieren mittlerweile gegen die «Zerstörung des Weltkulturerbes» Hasankeyf. Sie alle gehören einer Initiativegruppe an, die fordert, den mehr als zehntausend Jahre alten Ort – der in der Türkei schon seit langem unter strengstem Denkmalschutz steht – zum Weltkulturerbe zu erklären und in der Region sanften Tourismus zu fördern.

ECA-Chef Eichelmann ist sicher: «Die Beteiligung an Ilisu ist nicht an den 150 Auflagen gescheitert, sondern am Widerstand der Zivilgesellschaft.» Er fordert nun eine Änderung der Gesetze für die Vergabe von Exportkreditgarantien auf europäischer Ebene, weil das System intransparent sei: «Sonst bleibt Ilisu die Ausnahme von der Regel.»

**Den Türken fehlen Knowhow und Geld, um das Projekt alleine zu realisieren.**

## Chronologie des Scheiterns

Seit mehr als einem halben Jahrhundert will die Türkei aus dem Wasser des Tigris im grossen Stil Energie gewinnen – eines der Megaprojekte ist beim Dorf Ilisu geplant.

■ Nach Jahren des Geldmangels wird 1997 Sulzer-Hydro mit dem Bau des Damms beauftragt. ABB Power Generation (gehört heute Alstom) erhält den Zuschlag für den elektromechanischen Teil. Die beiden Schweizer Unternehmen beantragen Exportrisikogarantien. Die UBS schmürt ein Finanzierungskonzept.

■ Das türkische Prestigeprojekt scheitert 2002 ein erstes Mal. Die UBS und weitere Unternehmen haben sich aus Furcht um ihre Reputation zurückgezogen, da die gravierenden ökologischen, kulturellen und sozialen Probleme nicht abnehmen.

■ 2005 unternimmt die Türkei einen neuen Anlauf bei Ilisu. Der Bundesrat erteilt 2006 eine Exportrisikogarantie an Alstom und drei weitere Unternehmen.

■ 2007 kommt es zu den ersten der rund 60 000 Umsiedlungen und zu Enteignungen. Die Zürcher Kantonbank steigt unter dem Druck von Nichtregierungsorganisationen aus der Ilisu-Finanzierung aus. Der türkische Ministerpräsident Erdogan unterschreibt mit den Exportkreditagenturen einen Vertrag mit Auflagen für das Projekt.

■ 2008: Internationale Experten rapportieren in vernichtenden Berichten, dass die Türkei viele dieser Auflagen nicht erfüllt. Die Exportkreditagenturen setzen der Türkei ein Ultimatum.

### Rubrikinserate

Autos/Nutzfahrzeuge	28
Bildung/Kurse	24
Boote	-
Büro/Multimedia	25
Erotik	32
Ferien/Reisen	25
Finanzen/Geschäfte	25
Immobilien Miete	35
Büro-/Gewerberäume Miete	35
Immobilien Kauf	34
Büro-/Gewerberäume Kauf	-
Kultur/Veranstaltungen	42
Kunst/Antikes	45
Marktplatz	12
Medien	14
Todesanzeigen	14
www-Adressen	-
Zweiräder	30
Impressum	17

Inseratenannahme:  
Tel. 044 248 41 41 / Fax 044 248 41 91  
von 8.00–12.15 Uhr und 13.00–17.30 Uhr  
E-Mail: inserate@tages-anzeiger.ch  
www.adbox.ch